

**KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 24. Juni 2019
Kantonsratspräsident Josef Wyss

Eintreten zu Klima-Sondersession vom 24. Juni 2019

Für die CVP-Fraktion spricht Michael Kurmann.

Michael Kurmann: Der IPCC-Sonderbericht (Intergovernmental Panel on Climate Change) über die Folgen einer globalen Erwärmung um 1,5° C gegenüber dem vorindustriellen Niveau hat Ende 2018 zu Recht medial für hohes Aufsehen gesorgt und grosse Teile der Gesellschaft aufgerüttelt. Daraufhin haben sich weltweit zig Tausende, vor allem Jugendliche, in Demonstrationen und Streiks gewehrt und verlangen von den Entscheidungsträgern konkrete Handlungen, um die drohende Klimakatastrophe abzuwenden. Der IPCC-Bericht zeigt eindrücklich auf, mit welchen Konsequenzen zu rechnen ist, wenn die globale Erwärmung auf 1,5° C gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter ansteigt und welche Folgen im Vergleich dazu eine Erwärmung um 2,0° C hätte. Die skizzierten Konsequenzen sind global dramatisch und würden direkt, aber ebenso indirekt auch die Schweiz und somit den Kanton Luzern betreffen. Auch im Kanton Luzern haben sich vor allem junge Menschen den Demonstrationen angeschlossen und fordern von der Politik und der Gesellschaft Massnahmen. Die Aktionen haben die Diskussion nun auch in unseren Rat getragen. Wir danken der Regierung, dass sie diesem sehr wichtigen Thema mit dieser Sondersession den entsprechenden Raum gibt und wir darüber debattieren können, wie wir im Kanton Luzern einen Beitrag zur Vermeidung einer erhöhten Erderwärmung und der Adaption des Klimawandels beitragen können und wollen. Der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen für unsere Kinder und Kindeskinde ist für die CVP als Familienpartei selbstverständlich. Die Umwelt zu schützen heisst letztlich, all das zu erhalten, was unsere nachfolgenden Generationen zum Leben brauchen: intakte Böden für die Produktion von Lebensmitteln, wohlthuende Landschaften für die Erholung, sauberes Trinkwasser, saubere Luft, ein intaktes Klima, Artenvielfalt und vieles mehr. Viele Auswirkungen des Klimawandels spüren wir nicht erst heute. Die Schweiz als Alpenland und der Kanton Luzern in dessen Herzen ist stark davon betroffen. Wir sind mitunter die ersten, die Konsequenzen spüren, wenn es unserer Umwelt schlecht geht. Deshalb trägt die CVP seit jeher Sorge zu ihr und nicht erst seit Anfang Jahr. Darum setzen wir uns als einzige bürgerliche Partei konsequent für den Schutz unserer Umwelt ein. Die junge Generation geht auf die Strassen und ist nicht bereit, die Konsequenzen des gleichgültigen Umgangs ihrer Eltern mit der Umwelt zu akzeptieren und einer untätigen Politik zuzuschauen – zu Recht. Nur, Jung wie Alt müssen einsehen, dass Umweltbewusstsein bedeutet, das eigene Verhalten anzupassen. Der Wochenendausflug per Flugzeug ins nahe Ausland oder Erdbeeren zu Weihnachten ist für viele eine Selbstverständlichkeit. Effektiver Klimaschutz geht aber anders. Eine nachhaltige Klimapolitik mit Köpfchen und sozialem Gewissen ist anspruchsvoll. Während die politische Linke mit Verboten und moralisierenden Schuldzuweisungen um sich wirft, hat die Rechte Mühe damit, dass die Problematik staatliches Handeln nötig macht, und setzt darauf, dass der Markt schon alles richten wird. Die in gewissen Kreisen sogar vorherrschende Meinung, der Klimawandel sei in seiner

Geschwindigkeit und Ausprägung ein natürliches Phänomen, ist fatal und zeugt von kompletter Ignoranz aller wissenschaftlicher Fakten. Für die CVP bedeutet eine aktive Klimapolitik die Weiterführung ihrer bisherigen Umwelt- und Ressourcenpolitik. Sie anerkennt, dass einer der wichtigsten Treiber des Klimawandels der ungebremste CO₂-Ausstoss ist. Dieser ist nachhaltig zu senken, und alle sind dazu aufgerufen, die internationalen und nationalen Klimaziele zu erreichen. Für die CVP ist das an sich nichts Neues, denn sie war die einzige bürgerliche Partei, welche die Energiestrategie 2050 vorbehaltlos unterstützte. Es war auch die CVP, welche das Kantonale Energiegesetz als einzige bürgerliche Partei bereits in der ersten Variante befürwortete. Klimapolitik bedeutet Nachhaltigkeitspolitik, welche die CVP schon längst in ihrem Parteibuch hat und auch lebt. Für die CVP ist es dabei zentral, dass die Massnahmen gegen den Klimawandel auch umsetzbar und wirtschaftsverträglich sind. Dabei sind für die CVP vier Anliegen zentral. Erstens: Die CVP lehnt eine einseitige Verbotspolitik ab. Zweitens: Die CVP setzt sich für eine sinnvolle Lenkungs- und Überzeugungspolitik ein. Drittens: Die CVP setzt dabei auf Eigenverantwortung. Viertens: Die CVP-Fraktion sieht den Handlungsschwerpunkt im Kanton Luzern, wo wir als Rat auch aktiv Einfluss nehmen können. An diesen vier Punkten orientieren wir uns in der heutigen Session, welche reich befrachtet ist. Wir beraten heute fast 60 parlamentarische Vorstösse zum Thema Klima. Die Mehrheit der Vorstösse wurde noch in den letzten zehn Tagen eingereicht. Wir danken der Verwaltung für das immense Arbeitspensum, welches geleistet werden musste, damit wir heute nun alle parlamentarischen Anliegen behandeln können. Gleichzeitig müssen wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier uns unserer Verantwortung bewusst sein. In der Gesellschaft herrschen eine hohe Sensibilität und Akzeptanz für die Thematik, welche für die Umsetzung von allfälligen Massnahmen entscheidend sein werden. Wir tun daher gut daran, die Bürgerinnen und Bürger mit auf den Weg zu einem klimafreundlichen Kanton Luzern zu nehmen und sie mit einer vernünftigen und nachhaltigen Klimapolitik zu überzeugen, anstatt sie mit Maximalforderungen und Polemik allenfalls zu vergraulen. Die CVP bietet Hand, vernünftige und nachhaltige Ideen heute im Rat zu unterstützen und für eine wirkungsvolle Klimapolitik im Kanton Luzern zu sorgen.

Für die SVP-Fraktion spricht Pius Müller.

Pius Müller: Die Klimaveränderung ist Tatsache. Die Menschen auf dieser Erde leisten dazu einen wesentlichen Beitrag. Die Klimaveränderung ist ein globales Problem. Lokal können wir einen Beitrag leisten. Aber wir müssen uns bewusst sein, der Kanton Luzern allein wird das Klima nicht beeinflussen können. Das entbindet uns nicht von der Verantwortung, selber etwas zu leisten. Was wir uns fragen müssen: Was sind die Folgen der Veränderung, und wie können wir uns darauf vorbereiten beziehungsweise wie können wir die negativen Auswirkungen mindern? Dies sind die entscheidenden Fragen und nicht, ob der Mensch schuld ist oder nicht. Denn selbst wenn der Mensch der Hauptgrund für die Klimaveränderung ist, wäre es unrealistisch zu glauben, dass wir in der Schweiz etwas Entscheidendes dagegen ausrichten können. Die Schweiz macht lediglich ein Promille des weltweiten CO₂-Ausstosses aus. Selbst wenn wir also unseren CO₂-Ausstoss auf null reduzieren würden, würde dies keine Auswirkungen auf das Klima haben. Es hätte aber gravierende Auswirkungen auf unseren Wohlstand, unsere Wirtschaft und unseren Forschungsstandort. Die Herausforderungen im Klimabereich sind somit ein globales Problem, welches global gelöst werden muss. Zu denken geben uns die CO₂-Ausstösse in den Staaten China, Amerika, Indien oder Russland. Die Schweiz befindet sich in der CO₂-Ausstoss-Tabelle an 72. Stelle. Wir müssen das Klimaproblem lösen. Aber dafür dürfen wir nicht alle anderen Bereiche einfach ausblenden. Es wird auch in Zukunft um eine Vielzahl von Fragen gehen: Sicherheit, wirtschaftliche Entwicklung, gute Bildung, hochstehende Gesundheitsversorgung und vieles mehr. Wir müssen deshalb den Überblick behalten und pragmatisch bleiben. Die Schweiz als kleines Land sollte nicht in eine übertriebene Klimahysterie verfallen, sondern ihre Stärken nutzen, um mit den möglichen Folgen des Klimawandels umgehen zu können. Dazu brauchen wir eine hochstehende Forschung und gute Bildung. Dies muss aber finanziert werden können, und zwar mit Mitteln, die nur von

einer leistungsstarken Wirtschaft mittels Steuern bereitgestellt werden können. Die Devise im Kampf gegen den Klimawandel muss lauten: Eine starke Wirtschaft und ein starker Forschungsstandort erarbeiten Lösungen; Strafen, Verbote und Steuererhöhungen hingegen bringen nichts. Denn Nachhaltigkeit kennt nicht nur die ökologische Ebene, sondern auch die ökonomische und soziale. Ökologische Massnahmen müssen finanzierbar sein und von der Bevölkerung getragen werden. Durch die Förderung von Innovation und Forschung im Bereich der Umweltwissenschaften kann die Schweiz als Forschungsstandort gestärkt und dadurch attraktiv für Firmenansiedlungen werden. Diese Unternehmen bezahlen in der Schweiz ihre Steuern und ermöglichen dadurch wiederum höhere Investitionen oder investieren gar selber in die Forschung. Das ist im Sinn und Geist der SVP-Fraktion. Es ist falsch, wenn wir diese Firmen einerseits durch Erhöhung der direkten Steuern vertreiben und sie andererseits durch indirekte Abgaben wie CO₂-Steuern und die generelle Verteuerung der Energie massiv belasten. Gerade energieintensive Unternehmen, die Produkte in der Schweiz fertigen, werden dadurch belastet und wandern ab. Die Firmen, die aus der Schweiz abwandern, werden nicht aufhören zu produzieren. Sie verlagern die Produktion oftmals in Länder mit äusserst prekären Umweltstandards. Somit wird zum einen die Umwelt durch eine umweltschädlichere Produktion belastet, und zum anderen werden die Produkte dennoch in der Schweiz konsumiert, was bedeutet, dass die Produkte Tausende Kilometer weit transportiert werden müssen. Die SVP setzt sich daher für eine lokale Produktion ein, die durch attraktive Rahmenbedingungen und ohne Zwang am besten erhalten werden kann.

Zum Thema Grundlagen: Dazu zählen wir alle Vorstösse, die Berichte verlangen, organisatorische Massnahmen vorsehen oder Sensibilisierungen beziehungsweise Aus- und Weiterbildungen betreffen. Eine Vorbemerkung: Die SVP verlangt, dass sich der Kanton Luzern seiner Rolle in der Klimafrage stets bewusst ist. Er ist eingebettet in eine Vielzahl von Staatsebenen, privaten und öffentlichen Organisationen und unterschiedlichen Zuständigkeiten. Wir verlangen, dass in diesem komplexen Sammelsurium diese Zuständigkeiten gewahrt bleiben. Wir kümmern uns um kantonale Themen, wir machen nicht Weltpolitik. Nur so verhindern wir unnötige Doppelspurigkeiten und Leerläufe. Nur so bleiben wir unserem Ziel treu, möglichst viel Klimaschutz pro ausgegebenen Franken weltweit zu haben. Die SVP ist – wie in den übrigen politischen Bereichen – der Meinung, dass Berichte einen echten Mehrwert bringen müssen. Sie sind deshalb auf das Notwendige zu beschränken. Nur so kann der Papierflut Einhalt geboten werden. Die Regierung sieht vor, sämtliche Themen in einem Hauptbericht zusammenzufassen. Diese Strategie ist nachvollziehbar und wird von der SVP gestützt. Zusätzliche Organisationen wie eine Kommission braucht es nicht. Der Kanton Luzern hat in der Politik und in der Verwaltung Strukturen, die es ermöglichen, Entscheide fällen und Aufträge ausführen zu können. Was Sensibilisierungskampagnen angeht, aber auch was den Bereich der Aus- und Weiterbildung betrifft, sind wir der Meinung, dass heute ausreichend über das Thema informiert wird. Auch in der Volksschule wird das Thema gelehrt. Weitere Aktivitäten klingen vielleicht gut, beruhigen das Gewissen, bringen aber zu wenig. Der Staat Luzern macht schon vieles, er ist Vorbild und soll es auch bleiben.

Zum Energiebereich: Der Kanton Luzern hat sein Energiegesetz erst letztes Jahr geändert. Wie üblich gilt es nun, die Wirksamkeit dieses Gesetzes zu überprüfen. Schon jetzt weitere Verschärfungen zu beschliessen, ist sachlich und politisch falsch. Denken Sie daran: Mehr als 40 Prozent der Bevölkerung haben gegen das neue Energiegesetz gestimmt. Zu beachten ist auch, dass im Rahmen der Erarbeitung des Energiegesetzes verschiedene Feststellungen gemacht und mehrfach wiederholt wurden. Dazu zählen beispielsweise, dass die Kantone für den Gebäudebereich zuständig sind, während die Mobilität in die Zuständigkeit des Bundes fällt. Es wurde aber auch mehrfach betont, dass auch das neue Energiegesetz einen Ersatz von Ölheizungen zulässt und kein Verbot geplant ist. Wenn wir heute auf die Traktandenliste schauen, fragen wir uns: Was würden wohl jene Stimmberechtigten sagen, die im guten Glauben an diese Zusicherung Ja zum Energiegesetz gestimmt haben? Sie würden den Kopf schütteln. Die SVP wird deshalb Verschärfungen des Energiegesetzes oder der Verordnung zum jetzigen Zeitpunkt konsequent ablehnen. Geben wir dem Energiegesetz vier Jahre, dann evaluieren

wir. Zur Mobilität: Wie oben dargelegt, gehört die Mobilität in die Zuständigkeit des Bundes. Diese Zuständigkeit wollen wir respektieren und sehen deshalb keinen Handlungsbedarf, insbesondere nicht in der Form von Kantonsinitiativen. Sämtliche Themen, die wir heute diskutieren, sind in Bern bereits präsent. Mit einer Kantonsinitiative machen wir unser Instrument nur noch unglaubwürdiger. Wir sollten es für Situationen reservieren, in denen wir wirklich ein neues Anliegen platzieren wollen. Auch im Mobilitätsbereich lehnen wir zusätzliche Steuern, Gebühren und Abgaben ab. Die bestehende Strategie der Verschärfung der technischen Vorgaben für Fahrzeuge hat sich bewährt und ist fortzusetzen. Die bestehenden Strategien bezüglich öV-Förderung genügen und sind fortzusetzen. Das Gleiche gilt für die Raumplanung. Auch im Mobilitätsbereich sind ausserdem die Diskussionen der letzten Jahre zu würdigen. Unser Rat hat über mehrere Jahre über eine Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer diskutiert und sie am Schluss verworfen. Dabei können wir es bewenden lassen. Zur Landwirtschaft: Immer wieder rückt auch die Landwirtschaft in den Fokus der Klimawächter, so auch in dieser Klima-Session. Die SVP setzt sich für eine ökologische und umweltverträgliche Landwirtschaft ein. Es soll sich lohnen, einen Betrieb zu führen, der nebst ökologischen Elementen auch seinen Teil zur Versorgungssicherheit beitragen kann. Nur so kann in neue, innovative und umweltfreundliche Techniken und Betriebsformen investiert werden. Bereits heute sind rund 16 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen Biodiversitätsförderflächen. Gefordert sind jedoch 7 Prozent. Die Landwirtschaft befindet sich ganz klar in einem Wandel und stellt sich ihrer Verantwortung. So sind bereits verschiedene Programme am Laufen, welche den Treibhausgasausstoss verringern, dies immer im Konflikt mit dem Tierwohl, da mehr Auslauf immer auch mehr Emissionen bedeutet. Auch im Bereich der Pflanzenschutzmittel tut sich einiges; so ist ein Massnahmenplan mit 43 Punkten in Kraft getreten, um den weiteren Eintrag in Boden und Gewässer zu reduzieren. Die SVP ist der Meinung, dass wir diesen erst wirken lassen müssen, bevor noch neue Forderungen anstehen. Die Luzerner Forstwirtschaft kann einen grossen Teil zur CO₂-Reduktion im Kanton beitragen. Die Regionalorganisationen (RE) haben sich in den letzten Jahren gut entwickelt und sorgen dafür, dass der Wald besser genutzt wird. Nicht zuletzt kann eine vermehrte Holzenergienutzung dazu beitragen, dass der Wald besser genutzt wird. Eine vermehrte Förderung auch kleiner Holz- und Stückgutheizungen kann einen entscheidenden Beitrag zum Erreichen der Klimaziele leisten. Das Bauen mit Holz ist eine gute Sache. Das CO₂ wird dadurch über viele Jahre eingelagert und ist beim Rückbau ohne Wenn und Aber klimaneutral zu entsorgen. Die SVP wird den entsprechenden Vorstoss unterstützen. Zu den Ressourcen: Der Plastik ist heute kaum mehr wegzudenken, angefangen bei industriellen Produkten, Maschinen und weiteren Komponenten bis hin zur Verpackungsindustrie. Für die Produktion braucht es Plastik, und nachher werden die Teile eingeschumpft in Plastik. Das hat sehr grosse Vorteile, denn Fahrzeuge, Schiffe und Flugzeuge werden dadurch viel leichter und verbrauchen dadurch weniger Energie. Auch für die Produktion von Windrädern ist Kunststoff unverzichtbar. Im Kanton Luzern steht die Regierung für die Abfallplanung in der Verantwortung. Mit den vier Gemeindeverbänden ist eine korrekte Abfallentsorgung gewährleistet. Die Gemeinden haben flächendeckend Sammelstellen realisiert. Darum werden heute sämtliche Materialien wie Plastik, PET, Metall, Papier, Karton, Büchsen, Batterien usw. recycelt. Mit der Realisierung der modernsten Kehrichtverbrennungsanlage „Renergia“ werden Abfälle der Zentralschweiz thermisch entsorgt, welche wiederum für die Strom- und Wärmeproduktion verwendet werden können. PET-Flaschen werden sinnvollerweise in den Kreislaufprozess mit einbezogen und wiederverwertet. Noch mehr staatlich geregelte Vorschriften wollen wir nicht. Die traktandierten Vorstösse zu diesem Thema werden von der SVP abgelehnt. Was wir heute auf der Traktandenliste vorfinden, ist nur alter Wein, für einmal sogar in alten Schläuchen. Die SVP ist aus tiefer Überzeugung für die Marktwirtschaft, für die Eigenverantwortung und für lokales Einkaufen, deshalb sind wir gegen die von unseren Gegnern geforderte staatlich gelenkte Kommandowirtschaft in der Klima- und Umweltpolitik. Die SVP lehnt den Aufbau eines riesigen ökologischen Besteuerungsapparats ab unabhängig davon, ob das Geld in irgendeiner Art an die

Bevölkerung zurückverteilt wird oder nicht. Sämtliche Lenkungsmaßnahmen, die wir in der Schweiz einführen, haben global betrachtet keine Relevanz, schaden aber unserem Wirtschafts- und Forschungsstandort im Verhältnis zum Nutzen überproportional. Die SVP ist gegen Bussen und Abgaben, wir sind für Innovation statt Repression.

Für die FDP-Fraktion spricht Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Die Entwicklung des Klimas mit ihren Konsequenzen stellt eine grosse Herausforderung dar. Bei der Reduktion des Ausstosses an Treibhausgasen wurden die Ziele nicht erreicht, und die Anstrengungen müssen vorangetrieben werden. Den Rahmen für die Klimapolitik nach 2020 steckt das Übereinkommen von Paris ab. Die internationale Staatengemeinschaft hat sich 2015 darin das Ziel gesetzt, den durchschnittlichen globalen Temperaturanstieg gegenüber der vorindustriellen Zeit auf deutlich unter 2° C zu begrenzen und eine maximale Erwärmung von 1,5° C anzustreben. Mit der Ratifizierung des Übereinkommens von Paris hat sich die Schweiz dazu verpflichtet, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Auf nationaler Ebene verlangt das geltende CO₂-Gesetz (in Kraft seit dem 1.1.2013) eine Reduktion der im Inland emittierten Treibhausgase um mindestens 20 Prozent gegenüber 1990 im Jahr 2020. Der Treibhausgasausstoss in der Schweiz hat zwischen 1990 und 2017 um 12 Prozent abgenommen. Das Ziel, diesen bis 2020 um 20 Prozent zu senken, wird möglicherweise nicht erreicht. Der Klimawandel zeigt sich in der Schweiz überdurchschnittlich. Auch die Wirtschaft anerkennt die Ziele von Paris. Die FDP Schweiz hat soeben beschlossen, das Ziel einer Netto-null-CO₂-Bilanz im Jahr 2050 anzustreben. Die FDP nimmt ihre staatspolitische Aufgabe wahr. Dabei staune ich über die Ablehnung dermassen vieler Vorstösse durch die SVP mit der Begründung, dass die Fragen global zu lösen seien. Für die FDP Luzern und ihre Wählerinnen und Wähler sind seit langer Zeit der sorgsame Umgang mit den bestehenden Ressourcen, der Einsatz von erneuerbaren Energien und die Offenheit gegenüber neuen Technologien der Schlüssel zum Erfolg in der Klimapolitik. Unser Land ist heute in vielen Bereichen Weltspitze. Vergessen wir nicht, dass es unserer Bevölkerung in fast jedem Bereich besser geht als anderswo. Das verdankt die Schweiz dem liberalen Aufbau mit direkter Demokratie, Föderalismus, freiheitlicher Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, sozialem Frieden, guter Bildung, Rechtssicherheit und dem bewährten Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Staat. Das ist unser Erfolgsmodell. Alle diese Grundsätze gilt es auch für unsere künftige Klimapolitik zu bewahren – nur so und gemeinsam können wir eine solide Basis schaffen, um das Gros unserer Bevölkerung für eine verstärkte Sensibilisierung für unsere Lebensgrundlagen zu motivieren. Wir nehmen die Ängste und die Aufforderung von hauptsächlich jungen Bürgern und Bürgerinnen, welche in den letzten Wochen dies auf der Strasse mit Demonstrationen kundgetan haben, sehr ernst. Allerdings glauben wir nicht an Hauruckübungen. Diese sind nachhaltig nicht zu bewältigen. Wenn mit allzu rigorosen Massnahmen die Wirtschaft abgewürgt wird, fehlen die Mittel, um jetzt konsequent auf den Weg zu gehen und mit Massnahmen das Klima zu schützen oder uns anzupassen. Allzu forsche Vorgehensweisen würden die Bevölkerung spalten und in Grabenkämpfe verstricken. Demokratische Mittel würden uns mehr behindern. Mit einem angemessenen Tempo soll es uns aber gelingen, die ganze Bevölkerung mitzunehmen. In diesem Sinn ist für die FDP Luzern eine Netto-null-CO₂-Bilanz 2050 anzustreben. In nächster Zukunft wird diese Abweichung in der Praxis wenig spürbar sein, viel mehr aber in der Planung. Mit einem früheren Start der Planung können Anpassungsfristen verlängert werden. Für die zukünftige Klima- und Umweltpolitik der FDP Luzern bedeutet dies: Es ist zwingend zu unterscheiden, was auf Bundes- und auf kantonaler Ebene zu regeln ist. Auf kantonaler Ebene hat der Kanton nicht oder nur ergänzend gesetzliche Grundlagen zu schaffen. Die Subsidiarität ist zu stärken, und somit sollen unnötige kantonale und kommunale Sololäufe, welche nichts bringen, vermieden werden. Unsere Kriterien sind dabei: Wie weit soll die Wirkung reichen oder reicht sie, und wie weit sind internationale Abkommen nötig? Das heisst, kleinräumige Aktionen sind wenig wirkungsvoll bis sinnlos, und wenn Marktverzerrungen drohen, heisst das, dass gewisse Anstrengungen zwingend grossräumig gelöst werden müssen, wie zum Beispiel verursachergerechte Gebühren in der

Luft. Wir wollen kleine Schritte, aber diese verlässlich umsetzen. Wir sehen zuerst die Eigenverantwortung, dann Lenkungen und am Schluss – wenn unvermeidbar – Restriktionen. Wir möchten so dazu beitragen, dass ein lustvollerer Umgang mit der Umweltpolitik möglich wird, was bedeutet, dass wir weniger Verbote, mehr Anreize und mehr Lösungen, bei welchen auf private Initiative gebaut wird, wollen. Die Bevölkerung soll zu noch mehr Eigenverantwortung angeregt werden. Demgegenüber muss den Bürgerinnen mehr Vertrauen entgegengebracht werden. Es muss nicht immer alles zu 100 Prozent erfüllt werden. Regeln sollen erst erlassen werden, wenn andere Instrumente nicht ausreichen. Wir setzen auf Nachhaltigkeit, das heisst bekanntlich, dass die Massnahmen ökologische, soziale und wirtschaftliche Ziele erfüllen müssen. In diesem Rat werden zu viele Vorstösse eingereicht, welche nur ökologische oder nur soziale Ziele verfolgen. Die wirtschaftliche Komponente fehlt, aber ohne diese geht es nicht, vor allem nicht langfristig und nicht nachhaltig. Wir fordern die linken und grünen Parteien auf, uns gerade in wirtschaftlichen Fragen entgegenzukommen. Wir machen ihnen einen Schritt entgegen, und so erwarten wir, dass sie auch einen machen. So hoffen wir auf Lösungen. Wir möchten die Eigenverantwortung und die Sensibilisierung fördern und dafür geeignete Strukturen bereitstellen. Wenn die Bürgerinnen auf einfache, ja bequeme Art umweltfreundlich handeln können, machen sie es meistens. Dazu passende Handlungsweisen sollen belohnt werden. Wir wollen Forschung und Entwicklung unterstützen, um neue Entwicklungen in der Umweltpolitik zu ermöglichen. Von neuen Ansätzen und Produkten versprechen wir uns viel. Dabei setzen wir uns entschieden gegen Technologieverbote ein. Wir wollen eine gute Abwägung zwischen verschiedenen Politiken; so können wir beispielsweise nicht einerseits erneuerbare Energien fordern und andererseits bei konkreten Wasserkraft-Projekten in jedem Fall die Natur als Verhinderungsgrund herbeiziehen. Wir wollen ausreichende Anpassungsfristen für Gesellschaft und Wirtschaft ermöglichen, was bedeutet, dass Strategien gefordert sind. Die Wirtschaft, aber auch jeder Einzelne scheut nichts mehr als kurzfristige, rasche Veränderungen. Wir wollen wissenschaftlich anerkannte massgebliche Mängel bei der Biodiversität beheben oder vermindern. Wir wollen keine Untergangsstimmung auf Vorrat. Aber wenn Mängel erwiesen sind, gilt es zu handeln. Wir wollen die CO₂-arme Mobilität begünstigen und den Verkehrsfluss fördern. Staus tragen auch zum CO₂-Ausstoss bei. Wir wollen die Attraktivität der Dörfer stärken bezüglich Ansiedlung von Arbeitsplätzen, um Pendlerströme einzudämmen. Wir wollen auch die Zersiedelung bremsen beziehungsweise stoppen. Die Zersiedelung führt zu mehr Verkehr und damit zu einem grösseren CO₂-Ausstoss. Die Entwicklungen der Arbeitsplatzgestaltung (EDV) und der Arbeitszeitregelung sollen eingesetzt werden, um Wege zu reduzieren. Wir wollen die Kreislaufwirtschaft weiter voranbringen, zum Beispiel bei der Wiederverwertung von Kunststoffen. In diesem Sinn unterstützt die FDP die Regierung in ihrem Bestreben, mit einem Bericht eine Grundlage für die Ausgangslage zu schaffen und dann Massnahmen vorzuschlagen, welche in diesem Rat beraten werden können und dann konsequent umzusetzen seien. Dazu hat die FDP eine Reihe eigener Vorstösse eingereicht. Dies wird eine Differenz zur Vergangenheit sein; die FDP hat vor, vermehrt mit Vorstössen selbst aktiv zu werden und nicht nur andere Vorschläge zu beurteilen. Im Lichte dieser Haltung werden wir die Vorstösse zur Klimadebatte beurteilen. Viele werden von uns unterstützt, aber nicht alle. Den Sympathisanten der FDP können wir mitteilen: Wir haben vor, uns aktiver in der Umweltpolitik zu betätigen, aber wir setzen nach wie vor auf Eigeninitiative und fordern Regeln nur im Notfall, und wir wenden uns gegen Marktverzerrung, vermeidbare Abgaben und Ineffizienz. Nachhaltigkeit kann niemandem schaden.

Für die SP-Fraktion spricht Hasan Candan.

Hasan Candan: Die menschengemachte Erwärmung der Erdatmosphäre und der Klimawandel sind nicht eine Frage des Glaubens, sie sind Tatsache. Haupttreiber ist der Ausstoss von Treibhausgasen, wobei der weltweite CO₂-Austoss 60 Prozent des vom Menschen verursachten Treibhauseffekts ausmacht. Die globale Erwärmung von der letzten Eiszeit bis zur heutigen Warmzeit war eine Erwärmung um etwa 1° C pro 1000 Jahre. Die menschengemachte Klimaerwärmung von 1° C in den letzten 100 Jahren ist um den

Faktor 10 höher, und im Moment sind wir im Begriff, das Tempo um den Faktor 40 zu beschleunigen auf 2° C alle 50 Jahre. In der Schweiz war 2015 das wärmste Jahr seit Beginn der Messungen, und in der Schweiz fällt die Zunahme der Durchschnittstemperatur mit 2° C seit Messbeginn im Jahr 1864 mehr als doppelt so hoch aus wie im globalen Mittel. Gemäss den aktuellen Klimaszenarien ist bis 2060 mit dem derzeitigen Treibhausgasausstoss eine Zunahme bis 3° C zu erwarten. Ohne Gegenmassnahmen ist bis Ende des Jahrhunderts sogar ein Anstieg um bis zu 5° C möglich. Die Schweiz ist deshalb überdurchschnittlich von der Klimaerwärmung betroffen, bis zum Jahr 2100 könnten 80 Prozent aller Gletscher verschwunden sein. Die rasante Erwärmung des Klimas hat verheerende Auswirkungen auf unsere Ökosysteme und das natürliche Gleichgewicht. Die Mehrzahl unserer Pflanzen, Tiere und Organismen sind nicht in der Lage, sich so rasch anzupassen. In der Schweiz sind mehr als 50 Prozent der Arten vom Aussterben bedroht. Aber auch für uns Menschen sind diese Entwicklungen fatal. Die saisonale Wasserverfügbarkeit wird sich drastisch verändern, für den Sommer werden häufigere, längere und intensivere Hitzewellen mit zunehmenden Trockenperioden und starken Unwettern erwartet. Die zunehmenden Hitzetage und Tropennächte stellen ein erhebliches Risiko für die Gesundheit dar; so wurden 2015 schweizweit rund 7 Prozent mehr Todesfälle verzeichnet als anhand von Modellrechnungen zu erwarten gewesen wären. Wie Sie sehen, läuft uns die Zeit rasend schnell und mit unmissverständlicher Sicherheit davon. Den drohenden Kollaps können wir nur abwenden, wenn wir jetzt und heute handeln. Das Ziel muss es sein, die Erwärmung des Klimas auf 1,5° C zu beschränken und so schnell als möglich netto null CO₂-Emissionen zu erreichen, bevor es zu spät ist. Wir müssen jetzt handeln. Aufgrund des Druckes von SP, Grünen und GLP hat die Regierung die heutige Klima-Sondersession einberufen. Dies ist ihr tatsächlich hoch anzurechnen, sie hat offenbar die Zeichen der Zeit erkannt. Das Lob und der Dank gehören aber vor allem den Departementen und ihren Mitarbeitenden, welche innert so kurzer Zeit diese grosse Anzahl Vorstösse bearbeitet haben. Nachdem wir uns durch die fast 60 teils recht ähnlichen Antworten der Regierung durchgekämpft haben, kommen wir aber zum Schluss, dass das Ganze einen Haken hat. Was die Regierung nämlich unter Handeln versteht, ist die Erarbeitung eines Berichts, ein Klimabericht, welcher bis 2021 erarbeitet wird. Sie hat sich so fest auf den Bericht eingeschossen, dass sie alle Motionen respektive Massnahmen ablehnt, welche jetzt greifen und den CO₂-Austoss reduzieren. Um die Postulate steht es scheinbar etwas besser, aber wenn man genau liest, so erkennt man, dass die Vorschläge zuerst einmal geprüft werden, ob sie denn passen für den Bericht. Hier liegt eben dieser Haken. Mit dem Verfassen eines Berichts werden wir bis 2021 nämlich genau null CO₂-Emissionen senken. Gleichzeitig bleiben uns zwei Jahre weniger, um die drohende Klimakatastrophe abzuwenden. Hier unterscheiden sich die Positionen der SP und der Regierung grundlegend. Aufgrund der Tatsache, dass jede tatenlos verstrichene Zeit die Wahrscheinlichkeit des drohenden Kollapses erhöht, müssen wir hier und heute Massnahmen einleiten, um die CO₂-Emissionen zu senken. Deshalb schlägt die SP präzise Massnahmen vor und unterstützt solche anderer Parteien, welche die Reduktion des CO₂-Austosses hier und heute einläuten. Wir verschliessen uns aber nicht gänzlich einem abgespeckten „Bericht light“, der allgemein gehaltene Vorschläge oder noch nicht ganz ausgereifte Ideen weiterverfolgt, präzisiert und ausarbeitet. Unser Netto-null-CO₂-Masterplan ist nämlich folgender: Erstens: Massnahmen, welche nicht oder praktisch nicht „weh tun“ und sofort umgesetzt werden können, sollen umgehend in Angriff genommen werden, zum Beispiel der Verzicht auf Einweggegenstände. Zweitens: An Massnahmen, welche heute technisch noch nicht oder nur teilweise umgesetzt werden können, müssen wir aktiv dranbleiben und heute investieren, damit sie in Zukunft Realität werden, zum Beispiel eine flächendeckende E-Mobilität oder die Energiespeicherung und -verteilung. Drittens: Diese Massnahmen stellen uns wohl vor die grösste Herausforderung. Es sind Massnahmen, welche weh tun, aber wohl notwendig sind; hier müssen wir auf die Zähne beißen und durch, Stichworte: weniger Fliegen, weniger Autofahren usw. Das sind wohl die umstrittensten Massnahmen, aber genau hier sind wir Politikerinnen und Politiker gefordert

und stehen in der Verantwortung. Wir werden leider nicht darum herumkommen, gewisse Verhaltensweisen grundsätzlich infrage zu stellen und zu ändern. Hier entscheidet sich wohl, ob wir es schaffen werden oder nicht. Es ist deshalb unverantwortlich, wenn Parteien oder Politikerinnen und Politiker erzählen, dass wir so weitermachen können wie bisher, es nicht so schnell angehen müssen oder nur auf die Eigenverantwortung setzen. Genauso unverantwortlich ist es, wenn wir die erforderlichen Massnahmen einleiten und mit dem Finger auf die anderen zeigen oder die Menschen sich allein überlassen. Flugscham, Fleischscham und Kinderscham sind Begriffe, die es wohl erst seit der Klimadebatte gibt. Es ist aber nicht an uns, zwischen guten und schlechten Menschen zu unterscheiden, denn es gibt wohl kaum eine Person in der Schweiz, welche sich aller Auswirkungen ihres eigenen Handelns bewusst ist oder ein konsequent CO₂-neutrales Leben führen kann, die Mitglieder der SP-Fraktion mit eingeschlossen. Den einzigen Fehler, den Mann oder Frau machen kann, ist, sein Verhalten nicht zu reflektieren und nichts zu tun. Das Unverantwortlichste, was wir als Politikerinnen und Politiker aber machen können, ist, die Menschen mit dem Klimawandel sich selbst zu überlassen. Die Massnahmen, welche wir beschliessen, dürfen Menschen nicht ausgrenzen oder zu Gewinnern oder Verlierern machen. Es geht um Klimagerechtigkeit, und die Regierung und unser Rat stehen in der Verantwortung, für diese zu sorgen. Der Klimagerechtigkeit wird aber in der ganzen Debatte leider kaum Rechnung getragen. Denn heute ist es so, dass, wer genug Geld hat, es sich leisten kann, die Umwelt zu belasten oder sie zu schonen. Wer es sich finanziell erlauben kann, fährt ein grösseres Auto, hat mehr Wohnfläche, konsumiert mehr oder macht weitere Reisen. Selbst wenn das Auto umweltschonend sein sollte, das Haus energieeffizient ist und „klimafreundliche“ Reisen gebucht werden, ist die Lebensweise insgesamt alles andere als CO₂-neutral. Die beste Klimabilanz haben immer die Menschen mit geringen finanziellen Möglichkeiten. Ihr Konsum ist begrenzt und ihre Mobilität meistens eingeschränkt. Wenn wir uns nun dafür entscheiden, die Flugpreise aus ökologischen Gründen zu erhöhen, sind sie es, die es am stärksten trifft. Während Personen mit hohem Einkommen einfach etwas mehr für die Umwelt ausgeben, wird der Lebensstandard von Personen mit tieferem Einkommen direkt gesenkt. Aus diesem Grund gilt es in der Klimadebatte für Klimagerechtigkeit zu sorgen. Klimagerechtigkeit ist aber nicht nur auf die Schweiz begrenzt, sondern gilt global. Frische Luft, reines Trinkwasser oder eine intakte Umwelt sind keine Waren, sondern Gemeinschaftsgüter. Jeder Mensch hat das gleiche Anrecht auf sie. Sie sollten niemandem gehören und allen im selben Mass zur Verfügung stehen. Dennoch lassen wir es heute zu, dass manche mehr davon verbrauchen und mehr davon verschmutzen dürfen als andere. Mit Geld kann man sich heute nicht nur Dinge und Dienstleistungen kaufen, sondern auch das Recht, die Umwelt der anderen zu belasten, ohne sie dafür entschädigen zu müssen. Meist sind es die Ärmsten der Armen, die den doppelten Preis zahlen müssen, obwohl sie am wenigsten zum Klimawandel beitragen. Wenn man mit den Menschen und vor allem mit jungen Menschen, die seit Monaten auf die Strasse gehen, darüber spricht, weshalb sie denn auf die Strasse gehen, dann ist es genau diese Klimagerechtigkeit. Die jungen Menschen wollen nicht mehr einfach zusehen, wie wir hier in der Schweiz auf Kosten von Entwicklungsländern, zukünftigen Generationen oder der Umwelt leben. Sie wollen nicht schuld daran sein, dass unser Verhalten oder Konsum für Dürre, Naturkatastrophen oder den Verlust von Heimat und Gesundheit von Menschen an anderen Orten auf der Erde verantwortlich ist. Sie wollen in einer gerechteren Welt leben, in der die Menschen Verantwortung übernehmen für ihr Handeln, und das global. Das ist der wahre Kern der Klimabewegung; sie fordert Klimagerechtigkeit, und dieser Forderung gilt es heute in unserer Debatte gerecht zu werden. Wir stehen vor der grössten Herausforderung, die wir je hatten, und diese Herausforderung können wir nur gemeinsam schaffen. Jeder und jede von uns steht in der Verantwortung gegenüber seinen Mitmenschen, seinen inländischen und ausländischen CO₂-Ausstoss bis spätestens 2050 auf netto null zu senken. Wie der Weg dahin aussieht, muss jeder und jede für sich entscheiden, wir als Politikerinnen und Politiker geben den Rahmen vor und sorgen für Klimagerechtigkeit. Trotz den realen Schreckensszenarien können wir mutig und selbstbewusst voranschreiten. Denn das Geniale daran ist – entschuldigen Sie, wenn das für einige von Ihnen als Galgenhumor

herüberkommt, aber ich meine es ernst –, dass der Stichtag heute ist und ich von heute auf morgen meinen CO₂-Ausstoss senken kann. Die Vergangenheit kann uns wohl für einmal nicht einholen, ausser wenn wir zu spät mit dem „ab heute“ beginnen.

Für die G/JG-Fraktion spricht Monique Frey.

Monique Frey: „Der Bund warnt vor einer Hitzewelle“ stand heute Morgen in der Zeitung. Die Debatte heute wird wohl bei allen weitere Hitzewallungen auslösen. Haben Sie ihre Wasserflaschen dabei? Auf die Plastikbecher verzichten wir in Zukunft. Mit einer Klimasondersession verabschiedet sich unser Bau-, Wirtschafts- und Umweltdirektor. Bereits in seinem Präsidentschaftsjahr hat Regierungsrat Robert Küng die Förderung der Solarenergie auf seine Fahne geschrieben. Der Wille war in seiner achtjährigen Amtszeit vorhanden, doch effektiv erreicht im Sinn der Förderung von erneuerbaren Energien und der Reduktion der Treibhausgase hat er nicht viel. Wir anerkennen, dass der Kanton Luzern ein Energiegesetz hat, das im Vergleich zu den anderen Kantonen fortschrittlich ist, doch um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen, reicht es längstens nicht aus. Einmal mehr muss ich darauf hinweisen, dass die Klimaveränderung nicht ein neues Phänomen ist. Die Grünen fordern seit Jahrzehnten mit Initiativen und unzähligen Vorstössen eine andere Energie- und Mobilitätspolitik. In den 90er-Jahren war die Schweiz einmal führend in der Solarenergie. Ganz viele hier im Saal sind so wie ich seit über 30 Jahren in der Politik, konnten Abstimmen und Wählen. Auch Sie sind mitverantwortlich, dass wir versagt haben und so viel Zeit verstreichen liessen. Jetzt muss es schnell gehen, und es wird teuer. Aber wenigstens sind Sie jetzt erwacht, und wir sind nun an dieser Sondersession zum Thema Klima auch in Luzern dabei, hoffentlich Grundlegendes zu ändern. Diese Veränderung will auch die Bevölkerung. Gerade an diesem Wochenende hat eine Mehrheit der Stimmbewohner in Horw eine Person gewählt, die sich für eine klimaschützende Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik stark macht. Somit danken wir dem Regierungsrat, dass er mit dieser Klima-Session das Thema prominent positioniert und damit auch ausdrückt, dass die Klimaveränderung eine riesige Herausforderung ist, die Taten fordert von uns, dem Kanton Luzern, der Schweiz und global. Natürlich danke ich auch der Verwaltung für die Beantwortung aller Vorstösse. Im IPCC-Bericht vom Oktober 2018 steht klar und unmissverständlich, dass wir nun endlich die Beine unter die Arme nehmen müssen. Die Erde erwärmt sich schneller und mit ernsteren Folgen als bisher angenommen. Jede weitere Erwärmung, besonders über 1,5° C hinaus, vergrössert die Gefahr langanhaltender oder nicht mehr umkehrbarer Veränderungen wie etwa den Verlust von Ökosystemen. Bereits heute verzeichnen wir eine Erwärmung von etwa 1° C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau – mit erheblichen Folgen wie häufigerem Extremwetter, steigendem Meeresspiegel und dem Verschwinden arktischen Meereises. Der Klimawandel äussert sich in der Schweiz überdurchschnittlich: Die mittlere Jahrestemperatur ist seit Messbeginn im Jahr 1864 um 2° C gestiegen, gut doppelt so stark wie im globalen Mittel. Noch stärker betroffen als die Schweiz sind die südlichen Länder. So sind die Meeresspiegel angestiegen, und in Afrika hat sich die Sahara ausgebreitet, und die Menschen können nicht mehr genügend Nahrungsmittel produzieren. Als konkrete Massnahmen mahnen die IPCC-Expertinnen an, den Ausstoss des klimaschädlichen Kohlendioxids bis 2030 um 45 Prozent gegenüber dem Wert von 2010 zu reduzieren. Zur Jahrhundertmitte müsse der Ausstoss dann bei null liegen. Der Regierungsrat gehört nicht zu den Leugnern des menschengemachten Klimawandels. Und unser Rat? Gehört er zur grossen Mehrheit der Bevölkerung, welche verunsichert ist und bereit ist, alles zu unternehmen, um die Reduktion der Treibhausgasemissionen auf netto null zu erreichen? Ich hoffe es. Aber dazu reicht natürlich eine Sondersession nicht. Das Thema muss in die Tagespolitik integriert werden. Es braucht eine Verfassungsänderung und auch eine Änderung im Kantonsratsgesetz: Alle Botschaften des Regierungsrates müssen die Auswirkung auf das Klima erläutern und die Forderungen des Pariser Abkommens einhalten. Natürlich hat der Kanton Luzern allein einen beschränkten Handlungsspielraum. Bereits heute gibt es unzählige Möglichkeiten, um den Ausstoss von Treibhausgasen zu vermeiden oder zu reduzieren. Als Schweiz haben wir nicht nur im Inland die Möglichkeit, den CO₂-Ausstoss zu reduzieren, sondern mit unseren Holdings und der

wichtigen Finanzindustrie können wir mit einer klimagerechten Politik auch auf andere Länder Einfluss nehmen. Es ist klar, dass man bei den „low hanging fruits“ beginnen soll. Hier können wir mit wenig Aufwand viel erreichen. Von diesen gibt es auch im Kanton Luzern noch etliche, allen voran der Verkehr. Der Verkehr ist in der Schweiz für gut einen Drittel der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Darin ist der Luftverkehr noch nicht einmal mit eingerechnet. Im Wissen, dass fast die Hälfte der gefahrenen Kilometer für Freizeit- und Shoppingverkehr genutzt wird, ist das Lenkungspotenzial riesig. Es muss wieder in werden, dass man statt mit dem SUV mit dem Velo ins Fitnesscenter fährt. Lenkend wirkt zum Beispiel die Preisgestaltung für Parkplätze beim Schwingfest in Zug. Ergänzt mit strikten Kontrollen wird es möglich sein, die Leute auf den öV zu bringen. Der Betrieb der Gebäude stösst immer noch rund einen Viertel aller Treibhausgase der Schweiz aus. Das ist deutlich weniger als in den 90er-Jahren, weil in den letzten Jahren sehr viel unternommen wurde. Nun ist es wichtig, dass bei Neubauten nicht nur das Minimum gemacht wird, sondern das Maximum, also zum Beispiel keine Nutzung fossiler Energieträger mehr oder die konsequente Nutzung der Solarenergie. Nur so lässt sich der CO₂-Ausstoss vieler alter Gebäude langsam kompensieren. Denn es ist unwahrscheinlich, dass der gesamte Gebäudebestand bis 2050 erneuert ist. Auch braucht es starke Wege und Anreize, um die Sanierungen und den Umbau auf erneuerbare Energien so zu bewerkstelligen, dass die Mietpreise nicht explodieren. Nun wären wir bei der Industrie, der Landwirtschaft und der Abfallbehandlung sowie dem Ausstoss von synthetischen Gasen: Zusammen sind diese für 41 Prozent des Ausstosses verantwortlich. Hören Sie auf, weiterhin von Freiwilligkeit zu reden. Das hat in den letzten Jahrzehnten kaum etwas gebracht. Es ist zudem auch ungerecht. Gerade Vorreiter, die investieren, etwas riskieren und zu den Klimazielen beitragen, werden dann mit denen verrechnet, die sich zurücklehnen. Um hier einen Schritt vorwärts zu kommen, braucht es rechtliche Grundlagen, an die sich alle halten müssen. Nun werden Sie mit Lenkungsabgaben kommen. Das ist eine Möglichkeit. Doch sie müssen so gestaltet werden, dass sie eben auch wirklich lenken. Es ist uns bewusst, dass in diesem Bereich vor allem auch der Bund gefordert ist. In den letzten Jahren mussten wir uns regelmässig anhören, dass wir der nächsten Generation keine Schulden überlassen wollen. Leider wurde dieses Credo immer nur für die Finanzen verwendet. Wir dürfen der nächsten Generation auch im Umwelt- und Klimabereich keine Schulden überlassen. Die Biodiversität hat extrem abgenommen. Wir weisen Pestizide im Trinkwasser nach, und das Klima spielt verrückt. Jetzt braucht es Investitionen in einen nachhaltigen Kanton, und dafür braucht der Kanton die nötigen finanziellen Mittel. Sie werden es nicht gerne hören, doch die nächsten vier Jahren müssen wir auch unsere Finanzpolitik ändern, damit wir in den nächsten Jahren die finanziellen Mittel haben, um die Herausforderungen zu meistern. Den Umbau gibt es nicht gratis. Ich bin seit 30 Jahren in der Politik und rede mir den Mund fusselig. Ja, wir haben etwas erreicht, die Atomkraft wird hoffentlich kein Revival haben, die erneuerbaren Energien sind endlich im Aufwind. Aber wir müssen an Geschwindigkeit zulegen, um die Klimaziele des Pariser Abkommens zu erreichen. Schlussendlich können wir nur etwas erreichen, wenn wir gemeinsam hinstehen und sagen: Ja, wir wollen und müssen etwas ändern. Es braucht diese Influencer und diese Vorbilder, und dazu gehören wir alle. Wenn wir nicht dazu bereit sind, frage ich mich, wie Sie Ihren Kindern noch in die Augen schauen können. Zusammengefasst nochmals unser Credo für die Weiterentwicklung des Kantons: Der Kanton muss alles unternehmen, um klimaneutral zu werden, seine eigenen Aufgaben machen und durch clevere Strategien auch von den Firmen und Einwohnerinnen und Einwohnern alles einfordern. Die Reduktion der Treibhausgase ist nicht gratis, diese Zielerreichung hat erste Priorität, alles andere muss dem untergeordnet werden, und dafür müssen wir die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen. Wir sind überzeugt, dass dies kein Stillstand, sondern ein Aufbruch ist; es wird ein neues Lebensgefühl entstehen, Subsistenz ist Luxus, denn erst Verzicht macht Glücksgefühle möglich. Nun sind nicht nur Berichte und Konzepte gefragt, sondern konkrete Taten – fangen wir heute damit an.

Für die GLP-Fraktion spricht Michèle Graber.

Michèle Graber: Zur Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5° C müssen die

Nettoemissionen von CO₂ bis spätestens 2050 weltweit auf null gesenkt werden. Dies ist nur mit schnellen Massnahmen und ohne Aufschub möglich. Ein tiefgreifender technischer und gesellschaftlicher Umbau ist notwendig. Das zeigt der IPCC-Sonderbericht des Weltklimarates. Durch die anhaltenden Proteste wurde die breite Bevölkerung endlich wachgerüttelt. Viele haben den Ernst der Folgen der Klimaerwärmung nun wirklich erkannt. Wir müssen die Folgen unseres Verhaltens und unserer Gewohnheiten für Klima und Umwelt kritisch überdenken. Mit der Ankündigung einer Sondersession durch die Regierung kurz vor den Wahlen haben die Regierung und die Regierungsparteien geschickt versucht, der Problematik, die sie bis jetzt stiefmütterlich behandelt haben, etwas Wind aus den Segeln zu nehmen. Mit der schnellen Erstellung der sogenannten Klima-Homepage hat sie den ersten Schritt getan. Die Länge der Traktandenliste zeigt, dass auch bis jetzt nicht sehr umwelt- und klimaaffine Parteien der Öffentlichkeit signalisieren wollen: Doch, auch wir sind etwas grün. Die GLP hat sich bezüglich des überhasteten Einreichens von Vorstössen bewusst zurückgehalten, weil für sie Sachpolitik und gute Lösungen im Vordergrund stehen. Die wichtige Arbeit bezüglich Klima- und Umweltpolitik beginnt erst nach der Session, es ist ein langer und sehr komplexer Prozess. Es gibt eine Wechselbeziehung zwischen Klimawandel, Verlust der Artenvielfalt und dem menschlichen Wohl. Klimawandel und Ressourcenverbrauch sind als Hauptursache für den Verlust der biologischen Vielfalt identifiziert. Gleichzeitig trägt der Artenverlust zum Klimawandel bei. Ein Teufelskreis, eine Spirale, die sich immer schneller dreht. Wie soll Luzern, ja die Schweiz aus Sicht der GLP im Jahr 2050 mit netto null CO₂-Emissionen aussehen? In den Städten und der Agglomeration sind die Strassen beinahe frei vom motorisierten Individualverkehr (MIV). Es verkehren hauptsächlich öV-Fahrzeuge, Züge und Metros, Sammeltaxis mit mehreren Mitfahrenden und Fahrräder. Fast alle Verkehrsmittel funktionieren autonom und sind alternativ angetrieben. Die digitalen Technologien ermöglichen ein einfaches Bestellen von Fahrzeugen und das Koordinieren der Fahrtziele, eine optimierte Koordination der verschiedenen Verkehrsmittel und den Verkehrsfluss. Alle werden schnell und stressfrei von A nach B transportiert. Auf den Strassen gibt deshalb viel Platz für Fussgänger und Velofahrer, und die notwendigen gewerblichen Fahrten können effizient und staufrei vonstattengehen. Parkplätze und Parkhäuser sind kaum noch notwendig, da die Fahrzeuge gemeinsam genutzt werden und nicht den grössten Teil der Zeit irgendwo stillstehen und darauf warten, wieder in Betrieb genommen zu werden. Deshalb gibt es viele begrünte öffentliche Flächen, Lebensqualität pur. Alle möglichen Gebäudeflächen dienen der Energiegewinnung, und das „Innenleben“ ist auf Energieeffizienz getrimmt. Die Gebäude sind energetisch autark und sind sogar mit einer Ultra-schnell-Aufladestation für die Elektro-Sammeltaxis bestückt. In allen Dörfern und Zentren sind Gebäude als Coworkingplaces organisiert, Homeoffice oder zentrumsfernes Arbeiten ist nahe dem Wohnort mehrfach in der Woche möglich, was zu einer massiven Reduktion der Mobilität geführt hat. Die landwirtschaftlichen Betriebe werden alle biologisch geführt und die Flächen extensiv genutzt. Der Tierbestand ist klein, da die Bevölkerung nur noch wenig Fleisch konsumiert. Die wenige Restgülle wird konsequent für die Produktion von Energie verwendet oder im Entlebuch zur Produktion von grünem Wasserstoff, der als Treibstoff dient. Die Bodenqualität ist hoch und erfreut sich einer hohen Biodiversität. Es blüht farbig und kreucht und fleucht wieder auf den Wiesen. Die Luzerner Seen müssen nicht mehr belüftet werden. Im Grundwasser sind keine Pestizide und Antibiotika mehr nachweisbar. Unsere Fliessgewässer sind renaturiert und revitalisiert. Dass bis 2050 unsere Umweltprobleme so skizziert gelöst sind, ist ambitionös. Die GLP hat Lösungsansätze dazu. Seit ihrer Gründung steht die Partei zur Strategie „weg von fossilen Brenn- und Treibstoffen hin zu alternativen, CO₂-neutralen Energiequellen“. Folgende fünf Lösungsansätze sind für uns ein Weg: Erstens marktwirtschaftliche Anreize: Lebensgrundlagen sollen durch marktwirtschaftliche Anreize für die Zukunft gesichert werden. CO₂-Emissionen müssen zum Beispiel in allen Bereichen – insbesondere auch bei Brenn- und Treibstoffen – mit einer Lenkungsabgabe versehen werden. Positives Verhalten wird belohnt. Zweitens Kostenwahrheit: In vielen Bereichen und vor allem beim Verkehr – der übrigens für 32 Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich

ist – sind die externen Kosten nicht gedeckt. Eigentlich müssten alle Verkehrsteilnehmer ihre Infrastruktur und die Umwelt-, Unfall- und Staukosten selber übernehmen. Dies gilt konsequenterweise auch für den öV: gleich lange Spiesse für MIV und öV, sprich Verursacherprinzip; die Übermobilität würde aufgehoben, und Mobilität wäre dank Kostenwahrheit nachhaltig. Eine Möglichkeit zum Erreichen der Kostenwahrheit wäre eine CO₂-Abgabe mittels Strassengebühren, Steuern oder über Ticketpreise. Drittens negative Emissionstechnologien: Die GLP ist überzeugt, dass mit Lenkungsabgaben allein die Ziele nicht erreicht werden können. Negative Emissionstechnologien sind notwendig, und diese sind zu fördern. Da kann die Schweiz aber selber mit ihrer innovativen Wirtschaft und dem technischen Know-how auch weltweit einen wichtigen Beitrag leisten. Viertens: Die Grenzwerte bei Schadstoffen und weiteren Umweltbelastungen sind konsequent einzuhalten, ebenso die rechtlichen Vorgaben für den Gewässerschutz. Auch hier kann ein Anreizsystem mithelfen, Verbote können aber wahrscheinlich nicht umgangen werden. Fünftens: Diverse Massnahmen wie natürliche Funktionen der Natur fördern, beispielsweise Moorschutz, Versiegelung des Bodens vermeiden, Renaturierung und Revitalisierung. Nachhaltigkeit ist für uns aber nicht nur eine Notwendigkeit zugunsten unserer Umwelt. Wir sind auch der Überzeugung, dass Nachhaltigkeit für unsere Wirtschaft eine grosse Chance ist. Der Klimawandel erfordert nun schnell wirksame Massnahmen zur Reduktion von CO₂, aber auch zur Adaption von Folgeschäden. Nur, ohne grundlegende Verhaltensänderungen und tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen wird es nicht gehen. Das persönliche Mobilitäts-, Wohn- und Konsumverhalten ist notgedrungen zu hinterfragen und anzupassen. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass zur Eindämmung der Folgen des Klimawandels die Treibhausgasemissionen bis 2050 auf null gesenkt werden müssen. Welches sind die korrekten Massnahmen? Für uns ist es wichtig, dass die verschiedenen Instrumente wie Lenkungsabgaben, Förderbeiträge, Vorschriften, technologische Innovationen und Verhaltensänderungen nicht gegeneinander ausgespielt werden, denn alle sind wichtig und ergänzen sich sogar gegenseitig. Nur so erreichen wir das in Paris vereinbarte Begrenzungsziel für den Temperaturanstieg. Klimapolitik erfordert Ressourcen. Wir dürfen die fehlenden kantonalen Ressourcen betreffend Personal, Fachkompetenz und Know-how nicht vergessen. Wir stehen in der Verantwortung, diese Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um dem Klimawandel adäquat begegnen beziehungsweise das Ziel von netto null CO₂-Emissionen bis spätestens 2050 erreichen zu können.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Der Klimawandel findet statt, auch im Kanton Luzern. Dessen sind wir uns alle bewusst. Seit einiger Zeit ist das Thema Klimawandel stärker präsent als je zuvor in der öffentlichen Diskussion und in den Medien sowohl auf internationaler, nationaler als auch auf kantonaler Ebene. Schülerinnen, Schüler und Erwachsene verleihen ihrer Sorge über den weltweiten Temperaturanstieg lautstark Ausdruck und fordern von der Politik, also von uns, Massnahmen. Es geht um die Zukunft der Jugend, um unsere Zukunft und um die Zukunft unseres Planeten. Aufgrund der aktuellen Diskussion rund um den Klimawandel und der von Ihnen eingereichten politischen Vorstösse hat sich der Regierungsrat für diese Klima-Sondersession ausgesprochen, damit wir dem Thema das verdiente Gewicht verleihen können. Ob der Klimawandel auch bei der Männerregierung angekommen sei, lautete die provokative Frage eines Journalisten, die mir im Vorfeld gestellt wurde. Das zeigt ein Bild, ein falsches Bild. Der Regierungsrat und die kantonale Verwaltung befassen sich schon lange mit den Auswirkungen des Klimawandels und den Möglichkeiten, diesen einzudämmen. Man nimmt es einfach nicht oder sicher zu wenig zur Kenntnis. Lassen Sie mich einige Massnahmen nennen, die auch für die heutige Diskussion wichtig sind. Wir haben ein zukunftsorientiertes und schweizweit sehr fortschrittliches Energiegesetz. Wir aktualisieren periodisch unser Energiekonzept. Dieses Instrument ist für unsere Verwaltung zur Umsetzung von Massnahmen im Energiebereich verbindlich. Im Rahmen des Gebäudeprogramms fördern wir seit Jahren energetische Sanierungen von Gebäuden mit finanziellen Anreizen. Wir fördern auch den Ersatz von alten Heizungen und das Umrüsten auf erneuerbare Energien. Im letzten Jahr haben wir einen Umweltbericht vorgelegt, der den

Zustand unserer Umwelt im Kanton Luzern aufzeigt und klare Ziele formuliert. Vor einem Jahr hat sich kaum jemand dafür interessiert. So ändern sich die Zeiten. Wir haben einen Nachhaltigkeitsbericht zum Wald mit Massnahmen über widerstandfähige Wälder und eine Strategie Agrarpolitik, die unter anderem auch das Ziel verfolgt, Umweltbelastungen in der Luzerner Landwirtschaft zu reduzieren. Das entsprechende Gesetz werden wir Ihnen zur Vernehmlassung vorlegen. Zurzeit erarbeiten wir die Strategie Wassernutzung und Wasserversorgung, um den Auswirkungen des Klimawandels auch in diesem Bereich begegnen zu können. Die Strategie Biodiversität wird Ihrem Rat noch diesen Sommer vorliegen. Ich könnte die Liste noch weiter ergänzen. Was ich damit zum Ausdruck bringen will, ist, dass wir mit dem bisher politisch Machbaren auf dem Weg sind. Der Kanton Luzern wird den Klimawandel nicht allein bewältigen können. Ich denke, diese Tatsache ist Ihnen genauso bewusst wie der Regierung. Wir müssen jedoch einen Beitrag leisten, um die internationalen Klimaziele zu erreichen. Das gilt für den Bund, den Kanton und jede Einzelne und jeden Einzelnen von uns. Es braucht diese drei Ebenen. Wir möchten das Schwergewicht auf die Massnahmen des Kantons legen. Sie haben in den vergangenen Monaten, Wochen und Tagen 59 Vorstösse eingereicht. Weitere Vorstösse zu diesem Thema liegen bereits wieder vor. Die Regierung will die heutige Debatte nutzen, um zum Start der neuen Legislatur Leitplanken zu haben, und Sie können diese setzen. Im Rahmen unserer Beantwortung der Motionen, Postulate und Anfragen haben wir Ihnen unsere Haltung zu den einzelnen Forderungen dargelegt und das geplante weitere Vorgehen aufgezeigt. Wir werden diskutieren, wie wir diese Herausforderung gemeinsam anpacken können – gemeinsam, denn ohne Bekenntnis zu einzelnen Massnahmen wird es nicht gehen. Um diese Arbeit gezielt und koordiniert angehen zu können, erachten wir es am zielführendsten, den vorgeschlagenen Planungsbericht zu erarbeiten. Dieser erlaubt uns allen, eine Gesamtsicht über die bestehenden, geplanten und noch zu ergreifenden Massnahmen zum Klimaschutz einerseits und zur Klimaadaptation andererseits zu erhalten. Auch das bereits bestehende Instrument des Energiekonzepts, in welchem der Rat heute die Umsetzung der Massnahmen aus dem Energiebereich verbindlich festlegt, werden wir auf die weiteren klimarelevanten Handlungsfelder ausweiten. Eine erste Übersicht solcher Massnahmen liegt vor. Wir haben diese auf der Webseite klima.lu aufgeschaltet. Stimmen Sie diesem Planungsbericht zu, können wir darin weitere Aufträge und Handlungsoptionen aus der heutigen Diskussion prüfen. Ein Abgleich dieser Handlungsoptionen mit den bereits bestehenden Massnahmen wird uns dann zeigen, wo noch zusätzlicher Handlungsbedarf besteht. Daraus werden wir wiederum die Stossrichtungen für Massnahmen ableiten und Ihnen diese im Planungsbericht unterbreiten. Zeitlich ist vorgesehen, Ihnen diesen Bericht im nächsten Jahr zur Vernehmlassung zu unterbreiten. Das bietet Ihnen die Möglichkeit, die Ziele und Massnahmen politisch und fachlich zu bewerten und sich dazu zu äussern. Im Jahr 2021 soll dieser Bericht von Ihrem Rat verabschiedet werden können. Wir wollen nicht Zeit gewinnen, sondern wir wollen mit diesem Planungsbericht eine nachhaltige Diskussion in Gang bringen und in Gang halten. Zur heutigen Session erlaube ich mir, noch drei Bitten an Sie zu richten. Lassen Sie uns unsere Diskussion sachlich führen, und helfen Sie, die inhaltlichen Leitplanken zu setzen. Erinnern Sie sich bitte auch in ein paar Monaten noch daran, was Sie heute einfordern. Aufträge zu erteilen und zu fordern, ist das eine, die daraus folgenden Massnahmen zu finanzieren und umzusetzen das andere. Legen Sie das Gewicht bitte auf jene Bereiche, die in der Verantwortung unseres Kantons liegen, das ist aus unserer Sicht am effizientesten und zielführendsten. Zum Schluss danke auch ich der Verwaltung, sie hat sehr grosse Arbeit geleistet. Die Haltung der Regierung liegt auf dem Tisch, ich werde mich bei den einzelnen Traktanden jeweils kurz halten, und ich freue mich auf eine zukunftssträchtige Diskussion.